

# Berliner Zeitung

Instagram  
ohne Likes?  
Seite 24

9°/20°  
Viele Wolken  
Wetter Seite 2

www.berliner-zeitung.de

Dienstag, 9. Juli 2019 Nr. 156 FA - 75. Jahrgang  
Auswärts/D: 1.70 € - Berlin/Brandenburg: 1.60 €

### Notre-Dame und der schwierige Wiederaufbau

Panorama Seite 26

### Das Weltall fliegt immer schneller auseinander

Wissenschaft Seite 16

### Zeithistoriker warnt vor „Sachsen-Bashing“

Politik Seite 5

Britischer Botschafter

## Diplomat mal ganz undiplomatisch

Von Katrin Pribyl

Seit 43 Jahren steht Kim Darroch im diplomatischen Dienst. Der britische Botschafter in den USA sollte also wissen, wie er Einschätzungen über mächtige Politiker formulieren muss. Den US-Präsidenten hat er gerade in einem internen Bericht als unfähig bezeichnet. Donald Trump strahlte Unsicherheit aus und agierte ungeschickt, befand Darroch.



Kim Darroch wählte klare Worte über Donald Trump.

Ungeschickt war auch, dass der Bericht öffentliche wurde.

Trump ließ die Kritik nicht auf sich sitzen. Sofort meldete er sich zu Wort. „Der Botschafter hat dem Vereinigten Königreich einen Bärendienst erwiesen“, sagte er und schob hinterher: „Wir sind keine großen Fans dieses Mannes.“ Premierministerin Theresa May sprach dem Mann in Washington dagegen ihr Vertrauen aus, auch wenn sie seine Einschätzung nicht teile.

Was die Briten allerdings viel mehr beschäftigt, ist die Frage, wie die Nachricht überhaupt an die Öffentlichkeit kommen konnte. Es dürfte kaum Zufall gewesen sein, dass die vertraulichen Details ausgerechnet in der Boulevardzeitung Mail on Sunday erschienen waren, enthüllt von der Journalistin Isabel Oakeshott, die dem Rechtspopulisten Nigel Farage nahesteht. Während es aus der Downing Street hieß, dass es Darrochs Aufgabe sei, „eine ehrliche und ungeschminkte Einschätzung der Politik“ zu liefern, schrieb Farage, Vorsitzender der Brexit-Partei und Trump-Freund, im konservativ ausgerichteten Telegraph, der Diplomat sei „völlig ungeeignet, unser Mann in den USA zu bleiben“.

Der 65-jährige Darroch, ehemaliger Berater der britischen Regierung zu EU-Angelegenheiten und von 2007 bis 2011 ständiger Vertreter des Königreichs in Brüssel, dient den Verschwörungstheoretikern als ideale Zielscheibe. Auch wenn der Diplomat ursprünglich Ende des Jahres in Pension gehen wollte, gab es Bestrebungen, die Entsendung bis nach den US-Präsidentenwahlen zu verlängern. Solche Pläne dürften sich erledigt haben – erst recht, wenn in Kürze voraussichtlich mit Boris Johnson ein äußerst EU-skeptischer Premierminister in die Downing Street einzieht.

## Länder sollten gemeinsam löschen

Brandenburg braucht eigene Löschhubschrauber, fordert die Feuerwehr. Berlin sollte sich daran beteiligen, sagen die Grünen.

Von Annika Leister

Wälder in der Größe von 1 400 Fußballfeldern sind in Brandenburg in diesem Jahr bereits abgebrannt, zurzeit bekommen die Einsatzkräfte ein Feuer in der Lieberoser Heide nicht unter Kontrolle, und auch in Berlin herrscht seit Monaten hohe Waldbrandgefahr. Angesichts der akuten Lage denken Berliner Grüne sowie die Feuerwehr-Gewerkschaft Berlin/Brandenburg über eine landesübergreifende Kooperation in der Feuerbekämpfung nach.

„Brandenburg muss extrem aufrüsten“, sagte Micha Quäker von der Feuerwehr-Gewerkschaft Berlin/Brandenburg der Berliner Zeitung. Schon jetzt gäbe es große Ausrüstungslücken. Auch in kommenden Jahren sei mit einer steigenden Zahl von Bränden zu rechnen. „Angeschafft werden müssten zwei bis fünf Löschhubschrauber und ein Löschpanzer für Brandenburg“, forderte Quäker. In der Schulung der Einsatzkräfte für das schwere Gerät plädiert er für ein gemeinsames Konzept und eine Kooperation zwischen der Berliner und Brandenburger Feuerwehr.

Immer wieder wird die Feuerwehr in Brandenburg – wie aktuell in

der Lieberoser Heide – mit besonders komplizierten und gefährlichen Löscheinätzen konfrontiert, weil die Brände auf stark munitionsbelasteten Gebieten wüten, die auch die Feuerwehr nicht befahren kann.

Brandenburg habe bereits aufrüstet, die Landespolitik bemühe

Zugriff haben, sollten wir eine Beteiligung an Lösch-Hubschraubern prüfen“, sagte Benedikt Lux, innenpolitischer Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus, der Berliner Zeitung. Berlin sei schließlich auch von Rauchentwicklungen bei Brandenburger Großbränden betroffen. Zu-

„Zurzeit gibt es aus vielen Ländern Forderungen, aber kein konzertiertes Vorgehen.“

Johann Georg Goldammer, Leiter des Zentrums für Globale Feuerüberwachung

sich redlich, so Quäker. „Aber es reicht nicht.“ Das Problem kennen viele Bundesländer: Vor allem die Flächenländer appellieren immer wieder an den Bund, die Mittel zur Brandbekämpfung zu erhöhen. Zurzeit verfügt Brandenburg weder über eigene Löschhubschrauber noch -flugzeuge, sondern muss sie bei Bundeswehr oder Bundespolizei anfordern.

Die Berliner Grünen erwägen nun, dem großen Nachbarn unter die Arme zu greifen. „Wenn wir auch

letzter sorgte Anfang Juli sogar ein Großbrand im 200 Kilometer entfernten Lübbtheen in Mecklenburg-Vorpommern für starken Brandgeruch in der Hauptstadt – und für besorgte Anrufe bei Berliner Einsatzstellen von Bürgern, die einen Brand in der eigenen Straße vermuteten.

Johann Georg Goldammer, Leiter des Zentrums für Globale Feuerüberwachung mit Sitz in Freiburg, begrüßt die Bereitschaft der Berliner Grünen, ins Nachbarland zu schauen, ausdrücklich. Der interna-

tional angesehene Experte plädiert aber für noch größere Kooperationen. „Zurzeit gibt es aus vielen Ländern Forderungen, aber kein konzertiertes Vorgehen“, so Goldammer. „Eine 4+1-Kooperation hätte Symbolkraft.“ Goldammer meint damit eine Zusammenarbeit zwischen den vier Flächenländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen sowie dem Stadtstaat Berlin. Dringend müsse aber auch der Bund die Mittel erhöhen – gerade für die Gemeinden und Länder, deren Böden durch Munition aus dem Zweiten Weltkrieg belastet seien. „Der Bund darf diese Gemeinden nicht alleine lassen.“

Ein erster Schritt hin zu einem größeren Einsatz der Bundespolitik könnte diesen Dienstag geschehen: Dann besucht Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) Lübbtheen, um sich ein Bild vom Ausmaß der Schäden zu machen. Am Montag forderte bereits Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) eine bundesweite Einsatzgruppe zur Brandbekämpfung auf munitionsbelasteten Gebieten. Spezialtechnik und Personal der Task Force – wie Löschpanzer oder Räumfahrzeuge – sollten dezentral vom Bund in ganz Deutschland stationiert werden, so Caffier. *Brandenburg Seite 13*

## Gericht pfeift Deutsche Wohnen zurück

Nachtrag zum Mietvertrag verstoße gegen Preisbremse

Von Ulrich Paul

Die Deutsche Wohnen ist beim Berliner Landgericht mit dem Versuch gescheitert, die Miete bei der Neuvermietung durch einen zusätzlichen „Nachtrag zum Mietvertrag“ zu erhöhen. Die Richter sahen in der zusätzlichen Vereinbarung, die laut Bürgerlichem Gesetzbuch grundsätzlich möglich ist, einen Verstoß gegen die Mietpreisbremse.

In dem vorliegenden Fall ging es um eine Wohnung in Friedrichshain. Der vorgelegte Mietvertrag sah zunächst eine monatliche Kaltmiete von 573,29 Euro vor. Neben diesem Kontrakt unterzeichneten die Mieter aber zugleich eine zweite Urkunde, die als „Nachtrag zum Mietvertrag“ bezeichnet wurde. Darin wurden Baumaßnahmen zur Verbesserung der Ausstattung vereinbart, wodurch sich die Miete gut einen Monat später auf 716,93 Euro erhöhen sollte. Dass die höhere Miete nicht sofort vereinbart wurde, sei „wohl nur mit dem Versuch“ zu erklären, zu Beginn des Mietverhältnisses eine geringe Miete „vorzutauschen, also die gesetzliche Regelung durch diesen ‚Trick‘ zu umgehen“, erklärten die Richter. Beim Abschluss eines Mietvertrages darf die ortsübliche Miete um maximal zehn Prozent überschritten werden. Zulässig wäre im vorliegenden Fall nur ein Betrag in Höhe von 507,62 Euro – was sogar noch weniger ist, als im Mietvertrag vorgesehen war.

Erstritten wurde das Urteil von der Internetplattform wenigermiete.de. Die Entscheidung stammt vom August 2018. Dass sie erst jetzt veröffentlicht wurde, begründete das Portal damit, dass die Kostenfestsetzung erst jetzt eingetroffen sei. *Berlin Seite 9*

Berliner Verlag GmbH, 11509 Berlin  
Redaktion: (030) 63 33 11-457  
(Mo-Fr 10-16 Uhr), Fax -499;  
leser-blz@dumont.de  
Leser-Service: (030)23 27-77, Fax -76;  
www.berliner-zeitung.de/leserservice  
Anzeigen: (030) 23 27-50, Fax: -66 97;  
berlin.anzeigen@dumont.de

Postvertriebsstück A6517  
Entgelt bezahlt



2. und 3. November 2019 10-17 Uhr  
Café Moskau Karl-Marx-Allee 24 10178 Berlin  
Jetzt Aussteller werden!

## Die besten Jahre

### Doppelmesse Reise & Gesundheit

Anmeldung unter:  
berlin.messen@dumont.de  
oder (030) 2327 6758

Berlin Messen DuMont Berlin Zeitung